

Resolution des Bundesvorstandes von younion _ Die Daseinsgewerkschaft vom 01.12.2022

Klima.Bildung.Arbeit

Für eine soziale und gerechte Klimapolitik aus Arbeitnehmer*innen-Perspektive

Der Bundesvorstand von younion _ Die Daseinsgewerkschaft nimmt zu einem sozialen und gerechten Übergang hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft in der EU wie folgt Stellung:

Die Konsequenzen der Klimakrise treffen schon jetzt Milliarden von Menschen und Ökosysteme weltweit und beeinträchtigen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig.

Die notwendigen Maßnahmen, um die Klimakrise zu bekämpfen und die Dekarbonisierung voranzutreiben sollen gleichzeitig auch helfen, die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmer*innen zu verbessern. Das ist jedoch kein Selbstläufer, denn wenn dieser Prozess nicht aktiv begleitet wird, werden Gewinne und Kosten ungleich verteilt, was massive Verwerfungen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verursacht. Daher fordert younion _ Die Daseinsgewerkschaft die Einbindung aller Betroffenen ein und will diesen Veränderungsprozess aktiv mitgestalten.

Gerade die regionale und lokale Ebene spielen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Klimawandelanpassung im Rahmen des Green Deal eine entscheidende Rolle. Denn hier passieren immerhin 70 Prozent aller Klimaschutzmaßnahmen und 90 Prozent der Anpassungsmaßnahmen. Daher haben die Städte und Gemeinden gemeinsam mit ihren Mitarbeiter*innen eine entscheidende Bedeutung in diesem Transformationsprozess, wenn es darum geht, die Daseinsvorsorge in hoher Qualität und ökologisch nachhaltig zu erbringen und gleichzeitig damit auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu festigen. Dies ist eine Chance, die enorm wichtige Rolle der Daseinsvorsorge weiter sichtbar zu machen und Arbeitsplätze im Bereich der Kommunen zu sichern und zu schaffen.

Gerade der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere die öffentlichen Infrastrukturen sind für die Versorgungssicherheit von zentraler Bedeutung. Daher ist die finanzielle Basis für den Betrieb, Ausbau- und Umbau dieser Infrastrukturen enorm wichtig. Alleine die Energie- und Mobilitätswende erfordert einen erheblichen Investitionsbedarf, um zentrale und dezentrale Infrastrukturen zu schaffen. Es braucht jedenfalls eine Infrastrukturstrategie, um die unterschiedlichen Infrastrukturinvestitionen aufeinander abzustimmen und prioritäre Einsatzgebiete zu definieren sowie Regulierungen und Genehmigungen entsprechend anzupassen. Nur so können Fehlinvestitionen verhindert werden, weil Infrastrukturen errichtet oder revitalisiert werden, die schon nach wenigen Jahren nicht mehr genutzt werden. Das erfordert ein politisches Bekenntnis sowie eine verbindliche Planungskoordination von Bund, Ländern und Gemeinden.

Für die Arbeitnehmer*innen steht die soziale Verträglichkeit dieses Wandels im Mittelpunkt. Mit dem sog. „Just Transition Mechanismus“ – einem Mechanismus für einen gerechten Übergang – haben die Gewerkschaften auf EU-Ebene ein Werkzeug geschaffen, das einen sozialen, gerechten und nachhaltigen Wandel möglich machen soll.

Nicht außer Acht zu lassen ist der Umstand, dass die Klimakrise auch die Geschlechter ungleich betrifft. Frauen verursachen im Durchschnitt weniger CO₂, sind aber häufiger von den Auswirkungen betroffen. Klimapolitische Maßnahmen müssen daher auch immer einem Gender Mainstreaming

unterzogen werden. Entscheidend für den Erfolg ist, dass die Transformationsprozesse alte Geschlechterstrukturen nicht erneut einzementieren.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir selbst gewerkschaftliche Konzepte und Lösungen erarbeiten, die einen sozialen und gerechten Übergang möglich machen. Unsere Aufgabe dabei ist es, dass jene Schritte, die notwendig sind, von den richtigen gewerkschaftspolitischen Maßnahmen begleitet werden und die soziale Dimension bei jeder geplanten Maßnahme mitgedacht wird. Das ist insofern wichtig, damit die Akzeptanz der Bevölkerung für notwendige Veränderungen gesichert wird.

Der Wandel darf jedenfalls nicht auf den Rücken der Arbeitnehmer*innen und wirtschaftlich Benachteiligten ausgetragen werden, sondern muss sozial und gerecht gestaltet werden. Denn Klimapolitik darf keine Frage des Geldes sein. Klimapolitik und Sozialpolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Der Bundesvorstand von younion _ Die Daseinsgewerkschaft stellt folgende Forderungen, um einen sozial gerechten Übergang sicher zu stellen:

- Eine klare Strategie der Bundesregierung, damit ein sozialer und gerechter Übergang bei der Erreichung der Ziele bis 2040 sichergestellt wird. Damit einhergehend müssen die notwendigen Einrichtungen und Werkzeuge geschaffen werden.
- Der öffentlichen Hand kommt die wichtige Rolle zu, ein gestaltender Faktor in der Rolle des Erbringers, Strategen, Regulators und Nachfragers, insbesondere beim Ausbau der öffentlichen Dienste, zu sein. Das erfordert eine entsprechende finanzielle Basis auf allen Ebenen, insbesondere auf kommunaler Ebene, um die Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen und Investitionen tätigen zu können.
- Verpflichtende Dekarbonisierungspläne für Unternehmen, um eine langfristige Planungssicherheit eines gerechten Übergangs auf Ebene der Betriebe möglich zu machen.
- Eine stabile und systematische öffentliche Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und besonders betroffenen (öffentlichen) Dienstleistungen.
- Bei öffentlichen Investitionen ist die goldene Investitionsregel anzuwenden, um die Produktivität zu sichern und die soziale und ökologische Grundlage für das Wohlergehen künftiger Generationen zu schützen.
- Die Kopplung von öffentlichen Investitionen, öffentlichen Auftragsvergaben und Fördermittelvergaben an überprüfbare soziale und ökologische Kriterien, insbesondere Standort- und Beschäftigungsgarantien.
- Die Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen für öffentliche Gebäude (Schulen, Kinderbetreuung und Kinderbildung etc.) schaffen Energieeffizienz, dadurch entstehen neue Arbeitsplätze.
- Schulung und Sensibilisierung der Beschäftigten in der öffentlichen Daseinsvorsorge, um die Dringlichkeit der Klimakrise und ihre Folgen sowie die Rolle der Städte und Gemeinden greifbar zu machen und präsent zu halten.
- Öffentlich Bedienstete, Einsatzkräfte, insbesondere Beschäftigte im Gesundheitswesen, den sozialen Diensten und der kritischen Infrastruktur werden durch die klimatischen Bedingungen und -auswirkungen mehr belastet. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, müssen die Arbeitsbedingungen und Ausstattungen in diesen Berufsfeldern systematisch verbessert werden sowie mehr Personal eingesetzt werden. Damit verbunden ist eine Ausweitung der Ausbildungsplätze.

- Geschlechter sind von der Klimakrise ungleich betroffen. Klimapolitische Maßnahmen müssen daher auch immer einem Gender Mainstreaming unterzogen werden und das geltende Recht im Bereich Gleichstellung muss sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene gestärkt und durchgesetzt werden.
- Verstärkte Kontrollen, verpflichtende Gesundheitsüberwachung und Ausweitung von Arbeitsschutz- und Anpassungsmaßnahmen bei Arbeitsplätzen, die durch die Klimakrise besonders betroffen sind.
- Umfassende Information und Förderung von Akzeptanz in der Bevölkerung für die Dringlichkeit der Maßnahmen.
- Die Sicherung demokratischer Mitbestimmung und des sozialen Dialogs von betrieblicher bis hin zu europäischer Ebene.
- Soziale Absicherung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen schaffen, um die Beschäftigten in den emissionsintensiven Branchen nicht zurückzulassen und einen Umbau in eine nachhaltige Wirtschaft und Produktion zu stärken.
- Eine aktive Wirtschafts-, Regional-, und Industriepolitik zur gesicherten Einbindung in strategisch wichtige Wertschöpfungsketten. Eine stärkere Regionalisierung von globalen Lieferketten in den europäischen Wirtschaftsraum, Stärkung einer Industriepolitik „Made in EU“ und nachhaltigere Produktion im Sinne einer Kreislaufwirtschaft.
- Einen umfassenden Klima-Werkzeugkoffer für Beschäftigte, Betriebsrät*innen, Personalvertreter*innen und Gewerkschafter*innen für die betriebliche, kollektivvertragliche und interessenspolitische Ebene zu erstellen.
- Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss stärker auf die Risiken der Klimakrise und Potentiale klimarelevanter Beschäftigungsentwicklungen ausgelegt werden.
- Weiterentwicklung bzw. Etablierung von Kompetenzen im Bereich der dualen Berufsausbildung sowie Schaffung neuer Berufsbilder, die in einer emissionsarmen Wirtschaft von morgen gefragt und notwendig sind.
- Entwicklung einer gewerkschaftspolitischen Strategie, die präventiv Handlungsmaßnahmen für unterschiedliche Szenarien der Klimakrise und die Auswirkungen auf die Gewerkschaftsarbeit umfasst.
- Einbindung angemessener Strategien für einen gerechten Übergang in den Nationalen Energie- und Klimaplan mit Fokus auf Erleichterung von Beschäftigungsübergängen.
- Die Infrastrukturplanung muss sich – neben der Klimaverträglichkeit – auch an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausrichten.
- Einen Ausbau des Angebots zuverlässiger öffentlicher Personenverkehre und eine klare Definition einer „guten, bedarfsorientierten Öffi-Versorgung“ als Ziel für eine optimale Versorgung und den dafür passenden Verkehrsträger, insbesondere der „letzten Meile“.
- Gemeinsame Lösungsansätze der EU sowie mit europäischen und internationalen Gewerkschaftsverbänden für klima- und umweltpolitische Krisen finden.
- Eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel im EU-Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund).
- Entwicklung von langfristigeren Versorgungsstrategien, um neue Abhängigkeiten in der Energie- und Rohstoffversorgung von Handelspartnern zu verhindern, die grundlegende Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte missachten. Die Ausarbeitung eines strategischen Investitionsplans durch die EU für die Erforschung und Entwicklung von Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen.